

Ausgehsperrte – wächst jetzt die Gewalt?

Experten warnen: Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit setzt Familien unter Stress – bis hin zu körperlichen Angriffen

Von Julia Ehrlich

Berlin. Deutschland bleibt zu Hause. Die verschärfte Kontaktsperre zwingt die Menschen in die eigenen vier Wände. Doch was passiert dort eigentlich? Nicht alle Familien sehen die Auszeit vom Alltag gelassen. Isolation kann Stress auslösen und Menschen gefährden. Experten rechnen mit einer Zunahme von häuslicher Gewalt und schlagen Alarm: Für viele Familien werden die nächsten Wochen mehr als hart.

Was befürchten Experten für Kinder und Jugendliche?

Familienministerin Franziska Giffey (SPD) ist alarmiert: „Einerseits gibt es Eltern, die jetzt mehr Zeit gemeinsam mit ihren Kindern verbringen können. Andererseits können die Betreuung der Kinder zu Hause, Ausgehbeschränkungen und Quarantänemaßnahmen auch Probleme bereiten.“ Sorgen um die Gesundheit, Existenzängste, wenig Ablenkungsmöglichkeiten und viel Zeit auf engem Raum könnten für Familien zur Belastung werden. „Druck und Konflikte können gerade in ohnehin besonders belasteten Familien auch in Gewalt gegen Kinder und Jugendliche münden“, sagte Giffey unserer Redaktion.

Besorgt reagiert auch das Deutsche Kinderhilfswerk: „Viele Familien werden an ihre Grenzen geraten, vor allem wenn zusätzliche Stressfaktoren zusammenkommen: Es ist einfacher, sich auf 120 Quadratmetern und einem großen Garten aus dem Weg zu gehen, als in einer 60-Quadratmeter-Etagenwohnung“, warnt Geschäftsführer Holger Hofmann. „Fälle von psychischer und körperlicher Gewalt gegen Kinder werden in den nächsten Wochen quer durch die Gesellschaft deutlich zunehmen – nicht nur dort, wo Familien bereits vorher



Es sei leichter, sich auf 120 Quadratmetern mit Garten aus dem Weg zu gehen, als in einer 60-Quadratmeter-Etagenwohnung, warnt das Kinderhilfswerk. FOTO: OLIVER BERG / DPA

schon auffällig waren.“ Experten warnen zudem vor wachsendem Alkoholkonsum in der Zeit der Kontaktsperre: Isolierte Menschen neigten dazu, mehr zu trinken, weil die soziale Kontrolle fehle. Bereits jetzt geschehe die Hälfte aller Gewalttaten unter Alkoholeinfluss.

Beim Kinderhilfswerk beobachten sie zudem mit Sorge, dass viele Jugendämter gerade ihr Angebot herunterfahren: Viele seien schon gar nicht mehr erreichbar. „Das ist gefährlich. Die Jugendämter dürfen jetzt auf keinen Fall ihr Angebot reduzieren. Im Gegenteil: Der Staat hat eine Fürsorgepflicht. Genauso, wie die Kliniken die Zahl der Intensivbetten steigern, müssen auch die Jugendämter jetzt ihr Angebot ausweiten.“ Giffey geht dagegen davon aus, dass sich die Jugendämter auf die Lage einstellen: Der Bund unterstütze die Behörden der Länder und die sozialen Dienste, flexib-

le Lösungen zu finden, um Familien zu helfen. Die Ministerin kündigte zudem die Verstärkung der Beratungsangebote an – der „Nummer gegen Kummer“ (116 111) für Kin-

der und Jugendliche oder des Elterntelefons (0800 111 0550).

Doch nicht nur Kinder und Jugendliche sind stärker als sonst gefährdet. Experten rechnen auch mit

einer deutlichen Zunahme häuslicher Gewalt gegen Frauen. Auch hier sind die Hilfsmöglichkeiten durch die Corona-Krise geschrumpft. Das Hilfefonit „Gewalt gegen Frauen“ (08000 116 016) ist zwar weiterhin rund um die Uhr besetzt, allerdings zeichnet sich bereits ab, dass die Berater betroffene Frauen nicht mehr wie sonst an Hilfseinrichtungen vor Ort vermitteln können. „Immer mehr Einrichtungen vor Ort schließen und sind dann nur telefonisch erreichbar“, heißt es beim Hilfefonit.

Heikel ist auch die Lage in den Frauenhäusern. Viele Einrichtungen haben einen Aufnahmestopp verhängt. Giffey will nun mit den Ländern nach kurzfristigen Lösungen suchen. Vorbild könnte die Stadt Kassel sein – dort wurden nun zusätzliche Appartements angemietet, um Frauen in Not unterbringen zu können. Um das Netz der sozialen Dienste auch in der Krise zu erhalten, sollen freie Sozialträger von der staatlichen Corona-Hilfe profitieren: Sie erhalten mit dem Sozialschutzpaket weiterhin Geld vom Bund und sind zugleich angehalten,

ihre Ressourcen dort einzusetzen, wo es jetzt nötig ist: Nach Angaben des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sind durch den Schutzschirm 75 Prozent der Ausgaben der betroffenen sozialen Dienste und Einrichtungen abgesichert. Blinde Flecken gebe es aber noch bei Mutter-Kind-Kurtheimen sowie bei den Jugendherbergen.

Wie hart trifft die Corona-Sperre arme Familien?

Beispiel Mittagessen: Kinder aus arbeitsgefährdeten Familien haben Anspruch auf ein kostenloses Essen in der Kita oder der Schule. Fällt das weg, stehen viele Eltern und Alleinerziehende vor massiven Problemen. Zusätzliche warme Mahlzeiten für zwei oder drei Kinder sind in vielen Budgets nicht eingeplant. Der Kinderschutzbund fordert daher zusätzliches Essensgeld für arbeitsgefährdete Familien: 90 Euro pro Kind und Monat, so lange die Kitas und Schulen dicht sind. Es wäre eine Lösung für alle Kinder, deren Eltern Hartz IV beziehen oder als Geringverdienender Anspruch auf Kinderzuschlag haben.

Anzeige

Champion

WAZ COLLECTOR'S EDITION